

Zeitschriften-Spiegel

Portugiesischer Kolonialismus

Der Kolonialismus Portugals in Afrika, dessen massive Unterstützung durch die NATO, insbesondere durch die Bundesrepublik, und die gewaltsame Aufrechterhaltung dieses anachronistischen Zustandes wird, wenn auch sehr verspätet, Thema deutscher Zeitschriften.

Das Argument, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, behandelt in Nr. 59 („Afrika zwischen Imperialismus und Sozialismus“) diese Problematik ausführlich. *Gert Meyer* beschreibt den portugiesischen Kolonialismus als besonders brutal. Mit Hilfe ihrer nautischen und waffentechnischen Überlegenheit gelang es im 16. Jahrhundert portugiesischen Seefahrern und Kaufleuten, zum Teil hochorganisierte und zentral regierte Staatsverbände zu zerstören, in denen die gesellschaftliche Arbeitsteilung bereits relativ fortgeschritten war und deren urbane Zivilisation etwa der zeitgenössischen holländischen durchaus vergleichbar war.

Der von den Portugiesen als erste betriebene Sklavenhandel entvölkerte ganze Gebiete (allein die Menschenverluste Angolas werden auf 5 Millionen geschätzt), ernährte die eingewanderten Europäer, festigte die Macht der Stammeshäuptlinge und vernichtete städtische und ländliche Kulturen. Die Portugiesen erklärten das nicht in Privatbesitz befindliche Land, und das war fast der gesamte Boden, als dem Staat gehörig, führten die Zwangsarbeit in Bergwerken und auf Plantagen und den Zwangsanbau für den Export geeigneter Güter ein, was die Versorgungsbasis der Bevölkerung erheblich einschränkte. Nach fünf Jahrhunderten kolonialer Herrschaft war das Volk unwissender, ärmer und zurückgebliebener denn je. Die Analphabetenrate schwankte zwischen 96 und 99 %, die Lebenserwartung lag noch nicht einmal bei 30 Jahren, die Löhne waren wahrscheinlich die niedrigsten der Welt.

In den fünfziger Jahren bildeten sich in allen drei Kolonien, Angola, Moçambique und Guinea-Bissau, innerhalb der schon relativ privilegierten städtischen Schicht schwarzer Intelligenz und des Kleinbürgertums, illegale oppositionelle Zirkel, die sich inzwischen zu kampfereifernen Befreiungsbewegungen entwickelt haben. In Angola kontrolliert die MPLA etwa ein Drittel des Landes, die FRELIMO in Moçambique ein Viertel des Landes und die PAIGC zwei Drittel von Guinea.

Nach anfänglichen Mißerfolgen in den teilweise schwer befestigten Städten, zogen sich die Guerillas aufs Land zurück, wo sie der apathischen Bevölkerung in langwierigen Mobilisierungskampagnen den Charakter der kolo-

nialen Ausbeutung schildern, ihre alten afrikanischen Traditionen wiederbeleben und den Willen zur Veränderung der unerträglichen Zustände stärken. In den von ihnen beherrschten Gebieten werden Hospitäler, Schulen und Volkshäuser eingerichtet, die Stammesbarrieren niedrigerissen, die Landwirtschaft intensiviert, und in den vor Bombardements sicheren Wäldern werden Handwerksbetriebe aufgebaut. Frauen beteiligen sich häufig auch an den bewaffneten Kämpfen und haben eine wichtige Funktion bei der Agitation.

Portugal reagierte darauf mit einem 1967 gegenüber 1960 auf das Dreifache erhöhten Kriegsbudget und einer Strategie der Ausrottung und Vernichtung. Die Zahl der erschossenen, erschlagenen oder zu Tode gefolterten Aufständischen allein in den Kaffeeplantagen Nordangolas belief sich für das Jahr 1961 auf mindestens 50 000. Der portugiesische Armeeminister verabschiedete Truppen mit folgenden Worten:

„Wir kämpfen gegen Wilde, wir müssen wilde Tiere bekämpfen, die keine Portugiesen sind, weil sie ihre Befehle vom internationalen Kommunismus empfangen.“

Ohne die massive Unterstützung der NATO wäre dieses ärmste Land Europas unfähig zu einem derartigen Krieg. Obwohl sich das von der NATO überwachte Gebiet ausdrücklich nicht auf die Territorien südlich des nördlichen Wendekreises erstreckt, sind von Beginn an, trotz einiger formeller Protestnoten, NATO-Truppen und NATO-Waffen im afrikanischen Krieg eingesetzt worden. Die Bundesrepublik, von *Salazar* als das „hilfreichste“ Land im westlichen Bündnis gelobt, unterstützt indirekt diesen Krieg mit erheblichen Waffen-, Flugzeug- und Schiffslieferungen und stellt nach einem Kulturabkommen von 1966 die „Überseeprovinzen“ als Paradies für Schwarze und Weiße dar.

Noch nicht genug. Der inzwischen verstorbene Publizist *Friedhelm Baukloh* weist in Nr. 11/1970 der *Blätter für deutsche und internationale Politik* auf ein Angebot des portugiesischen Verteidigungsministers *Robledo* an die NATO hin, die Azoren, die Kapverdischen Inseln, die Äquatorinsel Sao Tome sowie die Häfen in Angola und Guinea als militärische Stützpunkte zur Verfügung zu stellen. Diese vom *Bayernkurier* und *Christ und Welt* als ernst zu nehmend bezeichneten Vorschläge würden natürlich der Absicherung portugiesischer Kolonialinteressen dienen und die Glaubwürdigkeit der Bonner Ostpolitik in Zweifel ziehen.

Die *Neue Gesellschaft*, 6/1970, nimmt eindeutig Stellung zugunsten der Äußerung des Ministerpräsidenten *Kuhn*: „Ich halte den Kampf der Befreiungsbewegungen in diesen Gebieten für grundsätzlich berechtigt und für politisch unterstützungswürdig.“ *Hans-Jürgen*

Fink geht in dieser Nummer der *Neuen Gesellschaft* ebenfalls auf die wirtschaftliche Ausbeutung dieses Teils Afrikas mit seinen Rohstoffquellen und billigen Arbeitskräften durch deutsche Großunternehmen ein und kritisiert die noch durch Bundesbürgschaften abgesicherte Beteiligung deutscher Firmen an dem Staudamm-Projekt Cabora Bassa. Fink betont die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit in Westeuropa zu informieren, damit auf europäische Regierungen Druck zur Isolierung Portugals ausgeübt wird und die Befreiungsbewegungen unterstützt werden können. Auf einer Konferenz in Rom zu diesem Thema fand die Anregung des Delegierten der schwedischen Sozialdemokraten, ein eigenes westeuropäisches Solidaritätskomitee zu gründen, „wegen der mangelnden Präsenz politischer und gewerkschaftlicher Organisationen Mitteleuropas keine Resonanz“ (S. 793).

Allgemeines Wettrüsten

Futurum Nr. 3/1970 bespricht ausführlich das Jahrbuch über Weltrüstung und Abrüstung 1968/69 des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI. Darin sind einige beunruhigende Zahlen zu lesen. Seit 1965 sind die Welt-Militärausgaben real um 30 % gestiegen, sie haben sich seit 1913 verzehnfacht. „Da die Weltproduktion heutzutage etwa um 5 % jährlich steigt, gibt es keine automatisch wirksame ökonomische Bremse, die verhindern könnte, daß die Militärausgaben etwa im gleichen Maße steigen, sich also alle 15 Jahre verdoppeln.“

„Die Verbreitung immer komplizierterer Waffen in den Entwicklungsländern kontrapunktiert den technologischen Rüstungswettlauf der Industrienationen“ (S. 467). Die Militätkosten der Länder der Dritten Welt sind schneller gestiegen als die der restlichen Welt, in einigen Ländern real 9 % jährlich. Die Waffenhauptlieferanten waren die USA und die SU, der Anteil Großbritanniens und Frankreichs hat sich erhöht. Das Moskauer Teststoppabkommen war keine wirksame Maßnahme zur Rüstungskontrolle. Die Anzahl der Tests pro Jahr ist heute de facto höher als vor dem Abkommen. Mindestens vier Unfälle, bei denen Radioaktivität freigesetzt worden ist und «ich über nationale Grenzen hinweg ausgebreitet hat, sind bekannt geworden.

Im *Europa-Archiv*, Nr. 22/1970, reflektiert der Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium, *Wieck*, politische und militärische Probleme ausgewogener Truppenreduzierungen in Europa. Er dokumentiert den Beginn eines Denkprozesses, der dahin führen soll, das politische und militärische Gleichgewicht der Kräfte (einschließlich der amerikanischen) in Europa auf einem niedrigen militärischen und budgetären Niveau ohne Er-

höhung des sicherheitspolitischen Risikos einzupendeln.

Hinweise

In derselben Nummer des *Europa-Archivs* gibt der Artikel von *Konrad Seitz* unter dem Titel „Die Zukunft der indischen Demokratie“ einen sehr fundierten und gut belegten Überblick über die sozialen und politischen Probleme des Subkontinents.

Die jugoslawische Zeitschrift *Internationale Politik* kommentiert zusammenfassend den jordanischen Bürgerkrieg vom September. Der von den arabischen Regierungen befürwortete *Rogers-Plan* für den Frieden im Nahen Osten enthielt kein Wort über die Stellung und Zukunft des palästinensischen Volkes und seiner bewaffneten Organisationen. Deren militärische Kraft ist von allen Seiten unterschätzt worden, und man hoffte, *Husseins* Truppen würden kurzen Prozeß mit ihnen machen. Das Ergebnis des Bürgerkriegs beurteilt *Aleksander Prla* als einen Kompromiß, bei dem es keinen Sieger und keinen Besiegten gegeben habe. Vielmehr sei durch das Kairoer Abkommen die Unabhängigkeit und damit die politische Bedeutung der Freischärler bestätigt worden.

Die letzten Nummern der offiziellen *Peking Rundschau* sind voll von eindrucksvollen Berichten über die für ein Entwicklungsland so wichtige Bildungsreform von unten, die alle an ein bestimmtes Niveau heranführen, gleichzeitig aber die Verbürokratisierung einer elitären städtischen Intelligenzschicht verhindern soll.

In der Nr. 43 der *Peking Rundschau* schreibt ein Angehöriger einer Transport-Kompanie über seine Erfahrungen bei der „Anwendung der Dialektik zu sicherem Autofahren“:

„Durch meine eigene Praxis und durch Lernen aus den Erfahrungen anderer . . . bin ich imstande, auf folgendes zu achten: stets unseren großen Führer Vorsitzenden Mao im Sinn haben, die gute Verrichtung des Fahrens als einen konkreten Akt der Treue zum Vorsitzenden Mao und als den mir möglichen Beitrag zur chinesischen Revolution und zur Weltrevolution zu betrachten, ständig des Klassenkampfes eingedenk zu sein, Fahrzeuge als ein Werkzeug für Klassenkampf zu benutzen und danach zu streben, die Fahrertätigkeit im Interesse der Diktatur des Proletariats auszuüben und den Klassenfeinden jegliches Schlupfloch zu Störaktionen zu versperren“ . . . usw.

Ebenfalls dem Thema „Dritte Welt“ gewidmet ist die Nummer 6 der *Marxistischen Blätter* (Nov./Dez. 1970) unter dem Generalnenner „Weltstrategie des Imperialismus — antiimperialistischer Kampf“ — wobei hier allerdings die Einschätzung der Befreiungsbewegungen aus orthodox-kommunistischer Sicht erfolgt.

Barbara Skriver